

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckamt
Kriegsblatt Riesa,
Hermannstr. 30.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkassentisch
Dresden 1580
Strohkasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 27.

Montag, 2. Februar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den 10 mm breiten, 1 mm hohe Grunddruckzettel (8 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Anzeigen an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Lange & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Kampfanlage des Reichs-Landbundes gegen die Regierung.

Aus Anlaß des 10. Reichs-Landbundes am 2. Februar 1931 zu Berlin hat der Bundesvorstand des Reichs-Landbundes folgende

Geschleierung

Der Herr Reichspräsident hatte in seiner Botschaft vom 18. März 1930 der Reichsregierung die Aufgabe gestellt, daß zunächst die Agrarmaßnahmen, die der gesamten Landwirtschaft zugute kommen sollen, aber für den Osten besonders lebensnotwendig sind, mit aller Beschleunigung und in einem Umfange durchgeführt werden, der der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Betrieben, den großen, wie den kleineren, für die Dauer die Lebensfähigkeit wiederbringt. Seitdem sind 10 Monate vergangen. Die Notlage der Landwirtschaft hat sich gerade in dieser Zeit in einem Ausmaße verschärft, welches weit über die Notzeit der Capriwintere hinausgeht und in den letzten hundert Jahren geradezu beispiellos in der Welt dasteht. Auf die verhängnisvollen Folgen eines Zusammenbruchs der heimischen Landwirtschaft für die Gesamtwirtschaft hat der Reichs-Landbund und auch sein Vorgänger, der Bund der Landwirte, die Öffentlichkeit und alle verantwortlichen Stellen eindringlich hingewiesen. Unsere Warnungen sind ungehört verhallt. Die ständig wachsende Zahl der Konturste in der Gesamtwirtschaft, die über alle Vorstellungen hinaus gewachsene Zahl der Arbeitslosen sind das sichtbare Ergebnis der Verarmung und Fehlleitung deutscher Agrarpolitik der Nachkriegszeit bis zum heutigen Tage. Wenn auch auf einer Reihe von Teilgebieten Maßnahmen, die der Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität dienen sollten, getroffen worden sind, so sind die maßgebenden Grundprobleme bis heute noch nicht tatkräftig und ausreichend angepaßt worden.

Auf dem Gebiete der Veredelungswirtschaft ist nicht das Geringste geschehen. Aber auch in der Frage der Unterbringung der durch den deutschen Boden bedingten Roggen- und Kartoffelernten ist trotz praktischer Vorschläge der Landwirtschaft eine Regelung nicht gefunden worden, die der Erhaltung dieser größten Produktionszweige gerecht wird. Aber auch die weiteren Einzelgebiete der heimischen Erzeugung, aus Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gärtnerei, Gemüse-, Obst- und Weinbau, Geflügelhaltung sind in gleicher Weise vernachlässigt. Dies gilt sowohl für das Gebiet der Zoll- und Handelspolitik und der innerwirtschaftlichen Maßnahmen, als auch der Kredit-, Steuer- und Sozialpolitik und verwandter Belangen. Durch diese Mißhandlungen sind alle Teile des Landvolkes, alle Betriebsgrößen und Betriebsarten im ganzen Reich so betroffen, daß die Gesamtheit der deutschen Landwirtschaft schwersten wirtschaftlichen und seelischen Erschütterungen preisgegeben ist. Insbesondere vermissen wir jedes Verständnis und die erforderliche rasche Hilfeleistung für den wirtschaftlichen Zusammenbruch und damit nationalpolitisch gefährdeten deutschen Osten.

Wer sind die Schuldigen an dieser katastrophalen Entwicklung? Es sind dieselben Kreise einseitig händlerischer und exportindustrieller Interessen, welche die gesamte deutsche Wirtschaft und Politik schon seit der Vorkriegszeit in verhängnisvoller Weise zum Schaden des deutschen Volkes beeinflußt haben. Die eigenmächtigen Bestrebungen dieser Kreise unter Einwirkung der Marxisten haben früher dem deutschen Volke die Mittel zum Schutze seines nationalen Daseins versagt und nach dem Zusammenbruch versucht und verhindert, die öffentliche Meinung und die Möglichkeiten des nachrevolutionären Systems für ihre Sonderzwecke auszunutzen. Jede Bemühung, Deutschland auf die wirklichen gegebenen Grundlagen seiner wirtschaftlichen Existenz zu stützen, sind von diesen Kreisen unter Freisetzung der Verbraucherschichten verhindert worden. Geschickte Ausbeutung ihrer politischen Möglichkeiten in den Parlamenten, bemühungslos Ausnutzung von Einwirkungsmöglichkeiten an den entscheidenden Stellen haben es ermöglicht, für ihre Selbstpolitik den ähneren gesetz- und verfassungsmäßigen Rahmen zu schaffen. Sie sind daher im Grunde die Urheber und Kumpel des von ihnen für ihre Zwecke geschaffenen Systems.

Auch die gegenwärtige Reichsregierung ist diesen Einflüssen Schritt für Schritt erlegen und dadurch mitverantwortlich. Diesen Gegenkräften hätte eine Reichsregierung nur dann im Sinne des Hindenburgauftrages erfolgreich begegnen können, wenn sie sich vom ersten Tage an auf die Kräfte gestützt hätte, die bereit waren, das Tributproblem anzupacken, den Schutz der deutschen Arbeit als oberste Lebensgrundlage des deutschen Volkes aufzurichten und sich von den marxistischen Mächten, die gegenwärtig Preußen und von da aus die Reichspolitik beherrschen, gelöst hätte. Die Reichsregierung hat durch ihr Verfehlen das deutsche Landvolk aufs schwerste enttäuscht und tiefstes Mißtrauen erweckt. Die Verhandlungen der letzten Tage über neue Agrarmaßnahmen können an diesem Urteil um so weniger etwas ändern, als die von der Regierung in Aussicht genommene Methode der Durchführung zu Halbheiten und Mißerfolgen führen muß. Etwas Besseres und halbe Maßnahmen lehnt die Landwirtschaft ab. Sie hat ein umfassendes Sanierungsprogramm vorgelegt.

Der Reichs-Landbund kämpft um eine Reichsleistung, die sich freimacht von den bisherigen schädlichen Einflüssen und Abhängigkeiten und fordert daher den Rücktritt einer Regierung, die nicht sofort und ungeschwächt diese Forderung zur Tat macht.

Wieder Hochbetrieb im Reichstag.

Abd. Berlin. Die parlamentarischen Arbeiten im Reichstag sind wieder im vollen Gange, nachdem der Haushaltsausschuß die notwendige Vorarbeit geleistet hat. Heute Montag ist der Ausschuss für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen nicht übernommen. Grundpreis für den 10 mm breiten, 1 mm hohe Grunddruckzettel (8 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Anzeigen an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Lange & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Plenarsitzung des Reichstages selbst beginnt morgen Dienstag um 3 Uhr nachmittags. Wie üblich stehen auf der Tagesordnung dieser ersten Sitzung nur kleinere Vorlagen, u. a. die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über die Entschädigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittler.

Nach dem Plenum sind weitere Fraktionsberatungen zu erwarten. U. a. hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei eine Sitzung ab, um das Ergebnis der Besprechungen entgegenzunehmen, die der Fraktionsführer Dingeldey mit dem Reichsfinanzminister über die Einsparung von weiteren 300 Millionen im Reichshaushalt geführt hat.

Der Haushaltsausschuß, der erst wieder am Mittwoch zusammentritt, wird sich auch mit dem zum Ernährungs-

haushalt gestellten deutsch-nationalen Antrag auf Vereinfachung von 50 Millionen zur Entschuldung der Landwirtschaft beschäftigen, um dann als nächsten größeren Haushalts den des Reichsfinanzministeriums in Angriff zu nehmen.

Der Kampf um die 300 Millionen.

Eine parlamentarische interessante Woche.

Berlin. (Funkdruck.) Wie wir erfahren, findet der ursprünglich für heute vorgesehene Besuch des Führers der Deutschen Volkspartei beim deutschen Reichsfinanzminister nicht statt, dafür ist für den morgigen Dienstag eine Besprechung vereinbart worden, an der auch der Finanzreferent der Deutschen Volkspartei Dr. Gremer teilnimmt. Diese Konferenz wird längere Zeit in Anspruch nehmen. Man kann annehmen, daß ein ernsthafter Versuch gemacht werden soll, zu einer Einigung über die Vorberung auf Einzahlung zu gelangen. Zweifellos wird der Kanzler den Vertretern der Deutschen Volksp. nun die Frage vorlegen, wie sie sich die Einsparungen im einzelnen denken. In Kreisen der Deutschen Volkspartei wird darauf hingewiesen, daß darüber schon in den bisherigen Besprechungen gewisse Anhaltspunkte gegeben worden seien, daß es aber nach ihrer Ansicht Aufgabe der Regierung ist, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Etat auszubalancieren. Die Stimmung bei der Deutschen Volkspartei ist ziemlich entschieden.

Deutscher Wählerfolg in Ostpreußen.

Kattowik. Am Sonntag fanden in der Industriegemeinde Hobsch-Schobwin Neuwahlen zur Gemeindevertretung statt, die durch die Zusammenlegung der beiden bisher selbständigen Ortsteile notwendig geworden waren. Das Wahlergebnis hat insofern mehr als örtliche Bedeutung, als sich hier zum ersten Mal allgemein ein Wahlkreis bildet, in welchem der bei den Sejmwahlen vom November vorigen Jahres ausgeübte polnische Terror zu einem Rückschlag der deutschen Stimmen führte. Bei den letzten Wahlen erzielte die Deutsche Wahlgemeinschaft von allen 12 Listen die höchste Stimmenzahl. Sie brachte es auf 3149 Stimmen gegenüber 3220 Stimmen bei den letzten Gemeindevahlen im Dezember 1929, wobei von einem Wahrgang kaum gesprochen werden kann. Demgegenüber wurden bei den Sejmwahlen im November 1930 unter dem Druck der polnischen Gewaltmaßnahmen nur 2740 deutsche Stimmen abgegeben, obwohl damals vier Fünftel mehr wahlberechtigter waren. Die Novemberwahlen hätten also unter normalen Verhältnissen zweifellos noch eine weit höhere deutsche Stimmenzahl ergeben, als die jetzigen Gemeindevahlen.

Soweit bisher bekannt geworden ist, haben sich Zwischenergebnisse am Wahltag nicht ergeben. Die Sozialpartei erhielt 2796 Stimmen. Die Regierungspartei erhielt 837 (1) Stimmen und die mit eigenen Listen herausgetretenen Arbeitslosen 981 Stimmen. Die Wählervereine teilten sich wie folgt: Deutsche Wahlgemeinschaft 8, Sozialpartei 7, Regierungspartei 3, Polnische Sozialisten 2, Arbeitslose 2 und Splitterparteien 2.

Der Etat der Kriegsopter.

Abd. Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Sonntag der Haushalt für Versorgung und Kriegsbeschäftigte erörtert. Dieser Etat ist zwar im Umfang unerheblich, gehört dagegen an der Höhe der Ausgaben gemessen zu den bedeutendsten des gesamten Reichshaushalts. Seine Gesamtausgaben betragen in diesem Jahre 1648 Millionen und stellen damit mehr als ein Viertel des Aufwandes des ordentlichen Haushalts dar. Den Hauptanteil davon benötigt die Versorgung der Kriegsbeschäftigten und Kriegshinterbliebenen. Der Berichterstatter, der deutsch-nationale Abg. Baverens, erklärte, daß die Leistungen der deutschen Kriegsveteranen einen Vergleich mit den anderen Ländern nicht zu scheuen brauchen. Frankreich habe 1929 etwa 5,8 Milliarden Franken für seine Beschädigten aufgewandt. Deutschland gebe heute ohne die Pensionen und Hinterbliebenenbezüge für Offiziere und Beamte der alten Wehrmacht 1268 Millionen aus. Eine Umrechnung unter Berücksichtigung des Kursverlustes zeigt, daß das verarmte Deutschland trotz seiner Kreditlasten im Durchschnitt mehr für den einzelnen Beschädigten aufwende, als Frankreich.

Der Ausschuss beriet den Haushalt in eingehender Aussprache, wobei zahlreiche Wünsche geäußert wurden, die dann in den Entschuldigungen des Ausschusses ihren Niederschlag fanden. So wurde die Reichsregierung ersucht, Ueberschreitungen des für 1931 vorgezeichneten Aufwandes, soweit sie auf einer automatischen Vermehrung der Pensionsempfänger für 1932 und 1933 notwendig werden sollten, nicht etwa durch Kürzung des Aufwandes beim Fonds für die Versorgung der ehemaligen Wehrmacht auszugleichen, wie es durch die Notverordnung möglich geworden sei. Auch sollen die durch die Notverordnungen und durch die Verwaltungsanordnungen

des Reichsarbeitsministers vielfach einsetzenden Härten allmählich beseitigt werden. Die Reichsregierung soll ferner in eine Prüfung eintreten, ob und inwieweit bedürftigen Kriegsveteranen auch nach Ablauf der im Reichsversorgungsgesetz genannten Fristen anstelle der Osterrenten laufende Beiträge und Unterstühtungen gewährt werden können. Die für die Kapitalbindung zum Zwecke der Wohnsicherheitsförderung für Kriegsbekämpfte und Kriegsmiterbliebene vorgesehene zehn Millionen RM. sollen unverfüt und rechtzeitig den Hauptversorgungskämtern zur Verfügung gestellt werden. Schließlich wird die Reichsregierung ersucht, die Vorschriften für die Betreuung von der Wehr für den Krankendienst und den Versorgungsdienst auf alle Schwerkrankenbeschädigten auszuweiten.

Der Ausschuss wird erst am Mittwoch wieder zusammentreten.

Die deutsche Landtreffe beim Reichsfinanzminister.

Bei 4,7 Millionen Arbeitslosen

1 Million Wohlhabenderwerblose.

Dieser Tag empfing der Reichsfinanzminister Vertreter der deutschen Landtreffe aus allen Teilen Deutschlands unter Führung des Präsidenten Dr. von Stempel. Die Abordnung wies darauf hin, daß die Zahl der Wohlhabenderwerblosen in den Landkreisen in erschreckendem Maße steige. Dieses Wachstum, das im letzten Halbjahre 67 Prozent betrug, verändere die Kreisfinanzen in bedrohlichem Maße. Die Landtreffe seien gerne bereit, an der zweckmäßigen Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung mitzuarbeiten. Bis zu dem Zeitpunkt jedoch, wo dieses Reformwerk in Kraft treten könne, müsse auf dem Wege über Sonderdotationen eine Ueberbrückung der Schwierigkeiten im Auge gefaßt werden. Die Landtreffe, die 70 Prozent der Fürsorgekosten tragen, seien in Zukunft nur dann in der Lage ihre Aufgaben aus der Fürsorgepflichtverordnung richtig zu erfüllen, wenn den Ausgaben eine entsprechende Einnahme gegenüber stehe. Können das nicht bewirkt werden, so könnten die Landkreise ihren Fürsorgeaufgaben nicht mehr gerecht werden. Der Reichsfinanzminister sagte in jeder Hinsicht wohlwollende Prüfung zu.

Reichspräsident von Hindenburg besucht die „Grüne Woche“.

Berlin. (Funkdruck.) Heute vormittag 9 Uhr kottete der Herr Reichspräsident, wie üblich, der schönen Grünen Woche in Berlin einen längeren Besuch ab. Zu seiner Begrüßung hatten sich Reichsminister Schiele, Bürgermeister Scholz, der Leiter der „Grünen Woche“ Hans Jürgen von Dafe, der Präsident des Reichsjagdverbandes Prinz von Hensburg, der Präsident der brandenburgischen Landwirtschaftskammer, von Oppen, sowie eine Reihe von Vertretern weiterer landwirtschaftlicher Körperschaften eingefunden. Nach eingehender Befragung der Jagdausstellung verweilte der Herr Reichspräsident diesmal besonders lange in dem landwirtschaftlichen Teil der Ausstellung, dessen Inhalt sein größtes Interesse fand.

Lobesurteile in Ungarn

Angora, 2. Februar. Das Kriegsgesicht hat in dem Prozeß gegen die Besatzung von Menemen 32 Angeklagte zum Tode verurteilt.